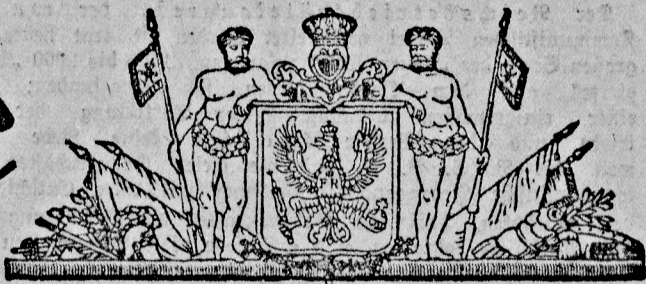


## Vossische



## Zeitung

10 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit  
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw.  
Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau, Berlin. Unverl.  
Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663.  
für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636—3695. Telegramm-  
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postsch. K. 10 Berlin 680

## Die endgültige Ministerliste.

Rosenberg zum Außenminister ernannt.

Berlin, 22. November. (B. Z. B.)

Auf Vorschlag des neuernannten Reichskanzlers Dr. Cuno hat der Reichspräsident folgende Reichsminister neu ernannt:

den bisherigen Gesandten in Kopenhagen von Rosenberg zum Reichsminister des Auswärtigen,  
das Mitglied des preussischen Landtags, preussischen Staatsministers a. D. Dr. Defer zum Reichsminister des Innern,  
das Mitglied des Reichstags, hessischen Finanzminister a. D. Dr. Becker zum Reichswirtschaftsminister,  
das Mitglied des Reichstags, Reichsminister a. D. Dr. Heinze zum Reichsminister der Justiz,  
den bisherigen Staatssekretär in der Abteilung München des Reichspostministeriums Stingl zum Reichspostminister,  
den Staatssekretär z. D. Dr. Albert zum Reichsfinanzminister,  
den Direktor der rheinischen Bauernkammer Dr. Müller zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Cuno folgende Reichsminister in ihren bisherigen Ämtern bestätigt:

den Reichsminister der Finanzen Dr. Hermes,  
den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns,  
den Reichsverkehrsminister Groener  
und den Reichswehrminister Dr. Geßler.

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hemmer, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Professor Dr. Hirsch sowie der Leiter der Presseabteilung Ministerialdirektor Müller sind antragsgemäß in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Zum Staatssekretär in der Reichskanzlei hat der Reichspräsident das Mitglied des Reichstags, bayerischen Staatsminister a. D. Dr. Hamm ernannt.

Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Kopenhagen, von Rosenberg, der gestern Abend in Berlin eingetroffen ist, zum Reichsminister des Auswärtigen ist vom Reichspräsidenten noch während der Nacht vollzogen worden. Der neue Außenminister ist Berufsdiplomate. Er hat längere Zeit im Auswärtigen Amt vornehmlich die Balkanangelegenheiten bearbeitet; an den Friedensverhandlungen in Versaill und in Bukarest hat er hervorragenden Anteil genommen. Im Juli 1919 hat von Rosenberg als Nachfolger des damaligen Unterstaatssekretärs Langewarth von Simmern, des jetzigen Botschafters in Madrid, die Leitung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes übernommen, sie aber schon wenige Wochen später — wie behauptet wurde: wegen eines Konfliktes mit Erzberger — niedergelegt. Im Januar 1920, bei dem großen Diplomatenaustausch, wurde von Rosenberg als Gesandter nach Wien ernannt. Er hat dort ein Jahr lang das Deutsche Reich vertreten. Im Januar 1921 tauschte er den Wiener Posten, auf dem er durch Dr. Pfeiffer ersetzt wurde, mit Kopenhagen.

Im neuen Reichsministerium sitzen sechs parlamentarische und sechs nichtparlamentarische Minister. Von den parlamentarischen Reichsministern gehören je zwei dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei an. Von den als „parteilos“ bezeichneten neuen Männern werden zugezählt: Dr. Albert und Dr. Müller-Bonn der Deutschen Volkspartei, Groener den Demokraten und Stingl der Bayerischen Volkspartei. Neben dem Wechsel in den Ministerien beansprucht der des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium die größte Beachtung. Staatssekretär Prof. Dr. Hirsch, den man als den eigentlichen Inspirator der deutschen Wirtschaftspolitik während der letzten Jahre angesehen hatte, tritt mit seinem Minister zurück.

## Die Regierungserklärung am Freitag.

Das neue Reichskabinett tritt heute nachmittag zusammen, um die programmatische Erklärung festzulegen, die Reichskanzler Cuno namens der Reichsregierung am Freitag nachmittag im Reichstage abgeben soll. Mit dem Inhalte der Regierungserklärung will der Kanzler die Führer der Parteien, die er für morgen vormittag zu sich gebeten hat, vor der Reichstagsitzung vertraut machen. Die Frage, ob die in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien am Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung ein Vertrauensvotum einbringen werden, scheint zur Stunde verfrüht. Nach dem neuen Kabinett nach seiner ganzen Zusammenfassung auch den Eindruck eines Kabinetts der Arbeitsgemeinschaft, so darf doch nicht übersehen werden, daß die Parteien der Arbeitsgemeinschaft diesen Charakter bestreiten, und daß nur eine sehr lose Bindung zwischen Regierung und Parteien besteht. Die Fraktionen, die meist erst heute nachmittag zusammengetreten, haben sich mit der Frage eines Vertrauensvotums noch nicht befaßt und können es auch nicht tun, ehe die Regierungserklärung abgegeben worden ist. Daß die Initiative zu einem Vertrauensantrag von einer der Parteien der Arbeitsgemeinschaft ausgehen werde, ist von vornherein jedenfalls unwahrscheinlich.

Der neue Reichsminister des Innern, Dr. Defer, der bisher Landeshaupmann der Provinz Sachsen war, ist, wie die „P. B. N.“ erfahren, von der preussischen Regierung auf vier Monate beurlaubt worden, um die Leitung des Reichsministeriums des Innern übernehmen zu können.

## Die Erneuerung des Balkanbundes?

## Bulgariens Forderungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ib. Dutsch-Lausanne, 23. November.

Die heutige Besprechung zwischen den Hauptdelegierten der vier Balkanstaaten Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland, die unter Leitung des jugoslawischen Außenministers Ninkitsch stattfand, kann in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Stellt sie doch unter ganz anderen Verhältnissen und mit viel größerer Aussicht auf Gelingen den Versuch zur Erneuerung des Balkanbundes dar. Außerdem ist zu betonen, daß die neue Koalition, wenn sie in noch so lockerer Form zustandekommt, viel weniger die Gefahr der raschen Zerkleinerung in sich tragen würde als der alte Balkanbund vor dem Weltkrieg. In den gestrigen Besprechungen, die bis gegen Mitternacht dauerten, wurde, wie ich erfahre, jedenfalls beschlossen, daß dieser ersten Konferenz noch eine oder zwei weitere folgen sollen.

Die von der Konferenz zu behandelnden Probleme selbst sind nicht zu einer irgendwie praktischen Lösung gediehen. Doch scheint es, daß Bulgarien auf dem Zugang zum Ägäischen Meer nicht bestehen wird, wenn man ihm ausreichende Sicherheit für vollkommene Freiheit und Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Ausfuhr und unbehinderte Lagerung im Hafen von Vedeagatsch geben wolle. Uebrigens ist die Konferenz auf besonderen Wunsch von bulgarischer und griechischer Seite einberufen worden, da bei beiden Regierungen das Bestreben zutage trat, sich über die Schwierigkeiten auf gutlichem Wege zu einigen. Der jugoslawische Ministerpräsident Ninkitsch hat dann die Angelegenheit in die Hand genommen und sich so bereits ein großes Verdienst um die Sicherlich sehr zu wünschende Befriedung des Balkans erworben. An der Konferenz nahmen übrigens außer den bereits genannten Hauptdelegierten der vier Balkanstaaten für Rumänien noch Diamandi und für Bulgarien der Gesandte in London, Stantschew, sowie der Gesandte in Paris, General Sawow, teil. Schon die starke Vertretung Bulgariens bei dieser Besprechung zeigt die große Bedeutung, die die bulgarische Regierung diesen Konferenzen beimißt.

Die russischen Delegierten, außer dem römischen Handelsagenten Worowsky, welcher bereits in Lausanne angekommen ist, werden erst in etwa acht Tagen hier eintreffen. Wie aus kurzen Erklärungen Worowskys hervorgeht, scheint ist der Beschluß der Konferenz, die Meerengenfrage nicht einer Sonderkommission, sondern der ersten Kommission der allgemeinen Orientkonferenz zuzuwenden, auf russischen Wunsch zurückzuführen. Worowsky erklärte ausdrücklich, die Sowjetregierung habe nicht gewünscht, an einer kleinen Nachkonferenz teilzunehmen, nachdem die Hauptprobleme erledigt wären.

Wie ich aus gut unterrichteten Konferenzkreisen erfahre, besteht übrigens große Wahrscheinlichkeit, daß Rußland nach seinem Eintritt in die erste Kommission, zu der es ja eingeladen worden ist, auch alle anderen Fragen, die zu dieser Zeit noch kaum endgültig geregelt sein dürften, von neuem ansprechen werde. Die Geneigtheit in Konferenzkreisen, Rußland zu diesen Fragen hinzuzuziehen, sei im Wachen begriffen, und es ist vielleicht anzunehmen, daß Rußland vielleicht in der ersten Woche gleichberechtigter Teilnehmer an der Orientkonferenz sein wird.

wi Paris, 23. November.

Poincaré hat gestern Abend bei einem Empfang von Pressevertretern jede Erklärung über die Konferenz von Lausanne abgelehnt mit dem Bemerkten, er habe „vor den Türken auf den Koran und vor den Engländern auf die Bibel geschworen“, nichts zu verraten. Alle Nachrichten, die nicht von dem Pressebüro der Konferenz ausgingen, müßten als Phantasiemeldungen betrachtet werden. Barrère habe in seiner Rede in Lausanne den „Vorzug der alten diplomatischen Methode“ so überzeugend betont, daß er, Poincaré, keine neue Methode einführen wolle.

Es verdient beachtet zu werden, daß zwei von Poincaré persönlich informierte Pressevertreter heute früh in auffallender Übereinstimmung äußern, die viel besprochene Unterhaltung Lord Curzons mit dem Chef der türkischen Delegation Ismed-Pascha sei durch die englischen Wünsche in der Mosulfrage zu erklären. Die Türken blieben bei ihrem Entschluß, auf Rückgabe von Mosul zu bestehen, und England sei vermutlich bereit, die Rückgabe zu bewilligen, falls die Petroleuminteressen der Royal-Dutch von den Türken berücksichtigt würden. England würde durch die Rückgabe von der in San Remo vereinbarten Verpflichtung befreit, auf die Interessen Frankreichs und Italiens bei der Ausbeutung der Petroleumfelder von Mosul Rücksicht zu nehmen. Jacques Bainville geht in der „Action Française“ so weit, eine umfassende Verständigung zwischen England und der Türkei unter Ausschluß der andern Verbündeten für möglich zu bezeichnen.

Die meisten Pariser Blätter erklären, das Wiedererscheinen des rumänisch-jugoslawisch-griechischen Balkanbundes sei das inter-

essanteste, was bis jetzt aus Lausanne zu melden war. Man hält es hier für möglich, daß die Türken Karagahisch mit dem Bahnhof Adrianopel erhalten.

o London, 23. November.

Die Nachricht von der neuen Warnung, die der General Harrington an die Türken gerichtet hat, ist in Londoner diplomatischen Kreisen gut aufgenommen worden. Daß eine derartige Warnung notwendig war, wurde seit einiger Zeit immer ersichtlicher. Man hofft zuversichtlich, daß die Warnung des Generals einen ernüchternden Eindruck auf die türkische Arroganz hervorgerufen wird und die extremen Elemente in Konstantinopel beruhigen, so daß die Konferenz von Lausanne sich ruhig weiter entwickeln könne, nicht unterbrochen durch Staatsstreiche in der Gegend der Dardanellen.

## Deutschland und Lausanne.

Von

Prof. Dr. Ludwig Stein.

Auf der Orientkonferenz in Lausanne (wo sich jetzt übrigens eine Art neuen Balkanbundes gegen die wiedererstarkende Türkei und ihre europäischen Ansprüche zu bilden scheint) ist Deutschland bekanntlich nicht vertreten. Auch Rußland ist an den Verhandlungen, solange sie sich nicht auf die Dardanellenfragen beziehen, nicht offiziell beteiligt; der sowjetrussische Vertreter in Rom darf den Debatten nur als Zuhörer folgen. Erst wenn die Meerengenfrage auf der Tagesordnung steht, wird Sowjetrußland — dann wahrscheinlich durch den Außenminister Tschuscherin vertreten — in den Kreis der Beratenden und Beschließenden aufgenommen werden. Deutschland hat auch zu den Verhandlungen über die Dardanellen keine Einladung erhalten.

Aus der tatsächlichen Gestaltung der Machtverhältnisse und aus der machtpolitischen Einstellung der Ententestaaten heraus ist das schließlich zu begreifen und wir sind weit davon entfernt, einen Protest gegen diese Ausschließung oder gar eine Bewerbung um die Zulassung vorzuschlagen. Man darf in diesem Zusammenhange daran erinnern, daß zur Pariser Orientkonferenz von 1856 Preußen keine Einladung erhalten hatte. Bismarck stand damals auf dem Standpunkte, sich nicht vorzudrängen, sondern abzuwarten, bis man sich erinnerte, daß auch Deutschland an den Dardanellen Interessen zu vertreten hat. Bismarcks Methode hat sich als politisch klug erwiesen. Man erinnerte sich. Vielleicht wird man sich, wenn es erst so weit ist, auch diesmal erinnern; vielleicht wird Rußland den Wunsch hegen, diese europäische Frage auch wirklich europäisch behandelt und gelöst zu sehen. Jedenfalls muß hervorgehoben werden, daß Deutschland, das ja politisch keinerlei Expansion nach Südosteuropa und Vorderasien suchen kann oder suchen will — die Zeit der Berlin-Bagdad-Projekte ist endgültig vorüber — weltwirtschaftlich am Dardanellenproblem genau so interessiert ist wie jedes andere große europäische Industrie- und Handelsvolk. Die internationalen Finanzfachverständigen haben mit Recht hervorgehoben, daß nur freie Entfaltung des Exports Deutschlands befähigen könne, das Gleichgewicht seiner Wirtschaft wieder herzustellen und innerhalb vernünftiger Grenzen Reparationen zu bezahlen. Freiheit des Exports nach allen Richtungen.

Für die ganze Regelung der Orientangelegenheiten wird übrigens die Finanzfrage vermutlich sehr erhebliche Bedeutung gewinnen. Die Angoraregierung vermag sich ohne finanzielle Hilfe von außen auf die Dauer schwerlich zu behaupten; denn ihre Kassen sind leer und ihre Einnahmemöglichkeiten sind begrenzt. Frankreich dürfte nur schwer in der Lage sein, Angora ausgiebig zu „finanzieren“; die Ausgaben für Syrien belasten das französische Budget mit einer Milliarde Franken, und diese Bürde wird bei der allgemein ungünstigen Lage der französischen Finanzen als recht drückend empfunden. Leichter als in Frankreich könnte jedenfalls die Anleihe, die Angora braucht, auf den angelsächsischen Kapitalmärkten aufgebracht werden und diese Tatsache ist natürlich auch politisch nicht ohne Gewicht.

## Mussolinis Versprechungen und Wünsche.

Morgan und Poincaré.

wi Paris, 23. November.

An den heutigen Besprechungen Poincarés mit den belgischen Ministern Theunis und Gaspar werden auch der Finanzminister, der Wiederaufbauminister und die französische Delegation der Reparationskommission teilnehmen. Daraus geht hervor, daß die Beratungen sich nicht nur um Fragen der Vorkonferenz drehen werden, sondern daß auch die Möglichkeiten einer Lösung erörtert werden sollen. Man nimmt hier an, daß die Vorkonferenz in der ersten Dezemberwoche in Paris zusammengetreten wird, und daß die Brüsseler Konferenz nur zustande-